



Ressort: Special interest

Behindertenanwältin fordert angemessenen Lebensstandard

Wien, 14.05.2026 [ENA]

Österreich hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend verändert und ist als EU-Mitglied zu einem noch stärkeren Einwanderungsland geworden, gleichzeitig aber auch zu einem immer teurer werdenden Wirtschaftsstandort mit einer stark geforderten Sozialstruktur, an die zwar durch eine großzügige Geldpolitik lange relativ großzügig verteilt wurde, aber die zur Zeit zunehmend von einer Einsparungspolitik betroffen ist

Das trifft natürlich auch viele Bedürftige, was Hilfsorganisationen wie zum Beispiel Caritas, Armutskonferenz, VertretungsNetz oder die Anwältin für Gleichbehandlungsfragen Mag. Christine Steger vom österreichischen Sozialministerium in Pressekonferenzen immer wieder betonen. Steger verweist explizit darauf, dass sich Österreich mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention für ein völkerrechtlich normiertes Recht auf einen angemessenen Lebensstandard und sozialen Schutz für jene Menschen verbürgt hat, die nicht in der Lage sind am Arbeitsmarkt teilzunehmen und lebenslang auf Unterstützung angewiesen sind. Sie fordert deshalb eine einheitliche österreichweite Ausgestaltung von Sozialhilferegelungen,

Der Erwachsenenschutzverein VertretungsNetz, der österreichweit 7.000 Personen mit psychischen Beeinträchtigungen vertritt, argumentiert nämlich, dass die Sozialhilfe nur für vorübergehende Notlagen konzipiert ist und nicht als Dauerlösung, umso mehr die Richtsätze für das Wohnen viel zu niedrig sind in Zeiten explodierender Mieten. Gleichzeitig zeigt sich aber durch die Teuerung auch in Österreich das Problem der "working poor", also jener immer größer werdenden Gruppe von Menschen, die zwar arbeiten aber nicht genug verdienen um sich einen angemessenen Lebensstandard leisten zu können, sodass die Forderung nach einer einkommensunabhängigen Grundversorgung für alle immer wieder diskutiert wird.

[Bericht online lesen:](#)

https://mgpresseonline.en-a.eu/special_interest/behindertenanwaeltin_fordert_angemessenen_lebensstandard_-93636/

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV: Dr.Schura Euler Cook

Redaktioneller Programmdienst: European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.